

Betreff: AW: Anfrage Stellungnahme zu Intersex (Beratung vom 16.05.2013)
Datum: Wed, 15 May 2013 12:55:26 +0200
Von: Tauber Peter MdB <peter.tauber_at_bundestag.de>
An: <presse_at_zwischengeschlecht.info>

Sehr geehrte Frau Truffer, sehr geehrter Herr Bauer,

für Ihre Anfrage zum Thema Verbot medizinisch nicht notwendiger, kosmetischer Genitaloperationen an Kindern und Jugendlichen danke ich Ihnen.

In der Sache gibt es aus meiner Wahrnehmung heraus zwischen den Fraktionen keine Unterschiede in den Auffassungen was ein Verbot nicht notwendiger, kosmetischer Genitaloperationen bei Minderjährigen betrifft. Meine Kollegen und ich haben sich in den Stellungnahmen und den parlamentarischen Reden immer sehr eindeutig geäußert. Die CDU/CSU-Bundestagfraktion lehnt rein kosmetische Operationen an Kindern und Jugendlichen ebenfalls ab.

Spätestens seit der Anhörung und den Fachgesprächen, die meine Fraktion zusammen mit der FDP durchgeführt hat, ist allen Beteiligten bewusst, dass es eine tragische Geschichte bislang nicht aufgearbeiteter Fälle teils dramatischer Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Menschen gibt. Auch hier werden wir über Wege der Aufarbeitung sprechen. Was aus meiner Sicht schon jetzt klar ist: Das Thema wird und muss den Deutschen Bundestag auch in der nächsten Legislaturperiode beschäftigen.

Was die parlamentarischen Initiativen der anderen Fraktionen betrifft, so erlaube ich mir den Hinweis, dass wohlformulierte Anträge das eine, konkrete Taten aber etwas anderes sind. Seit langem gibt es Anträge der anderen Fraktionen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es die christlich-liberale Bundesregierung war, die das Thema erstmals lösungsorientiert aufgegriffen hat und mit der Änderung im Personenstandsrecht erstmals substanzielle Verbesserungen für die intersexuellen Menschen erreicht hat. Daher sind Anträge noch lange kein zuverlässiger Indikator für echtes Engagement in der Sache, was Sie sicherlich aus eigener Erfahrung bestätigen können. In der Opposition ist es immer leicht, Forderungen zu stellen. Die administrative Umsetzung und der gesamte Aushandlungsprozess ist ein sehr großer Aufwand. Dies darf man nicht unterschätzen.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir das Thema weiter engagiert bearbeiten. Es gehört dazu u.a., auch die Fachpolitiker anderer Bereiche, bspw. aus dem Ausschuss für Gesundheit, einzubinden. Eine derart intensive Befassung mit den Problemlagen der intersexuellen Menschen hat es zumindest im Deutschen Bundestag noch nicht gegeben. Das Thema "Verbot geschlechtsdeterminierender Operationen kosmetischer Art" ist aus meiner Sicht das nächste Thema, das wir angehen werden. So

hatten wir auch aus meiner Wahrnehmung heraus in der interfraktionellen Arbeitsgruppe diskutiert.

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang, Sie auf einen spannenden Kongress hinzuweisen, an dessen Konzeption ich mich ebenfalls beteiligen konnte. Von diesem hochrangig besetzten Kongress, der vom BMFSFJ maßgeblich unterstützt wird, wird sicherlich noch einmal ein entsprechender Impuls ausgehen.

Sie finden das Programm dieser Email angehängt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Peter Tauber

[Anhang: Prospekt und Anmeldung "Leben zwischen den Geschlechtern - Fachkonferenz Intersexualität" der Konrad-Adenauer-Stiftung am 22. Mai 2013 in Berlin]